

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/107

8. Juni 1976

Ein Problem der gesamten Gesellschaft

Plädoyer für neue Formen in der Altenhilfe

Von Albert Osswald
Ministerpräsident des Landes Hessen

Seite 1 / 44 Zeilen

Wahltaktischer Mißbrauch einer ernenen Problematik

Anmerkungen zum Antrag der CDU/CSU in Sachen Menschenrechte in der DDR

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 65 Zeilen

Geringe Chancen für neue Reaktortypen

Immense Entwicklungskosten dämpfen den technologischen Progreß

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 69 Zeilen

Jetzt sehen sie schon Gespenster

Ein CDU-Abgeordneter wird Opfer der eigenen Propaganda

Seite 6 / 21 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 06 88 845 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Ein Problem der gesamten Gesellschaft

Plädoyer für neue Formen in der Altenhilfe

Von Albert Caswald

Ministerpräsident des Landes Hessen

Die Probleme der Älteren Generation sind nicht die Probleme nur einer Bevölkerungsgruppe oder gar einer Randgruppe - sie sind Probleme, die auf uns alle zukommen. Denn jeder wird alt, alt in dem Sinne, daß das Alter mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben beginnt. Bereits diese Definition des Alters fordert eine Reihe von Fragen heraus.

So muß die Frage gestellt werden, ob Alter tatsächlich gleichbedeutend mit Inaktivität ist. Bietet der sogenannte Ruhestand, wie in unserem Sprachgebrauch die Zeit nach Beendigung des Arbeitslebens bezeichnet wird, nicht im Gegenteil die große Chance, in nie zuvor erlebter Freiheit und Unabhängigkeit endlich all die Dinge zu tun, die der jahrzehntelange Arbeitsprozeß verhindert hat?

Ich halte es jedoch für verfehlt, wenn diese Freiheiten und Möglichkeiten, die den Älteren Menschen nach dem Erreichen der sogenannten Altersgrenze gegeben werden, zum größten Teil durch staatliche Lenkung oder karitative Betreuung ausgefüllt würden. Wer eine solche Einstellung vertritt, spricht dem Älteren die Mündigkeit und die Fähigkeit ab, sein Leben selbst zu bestimmen und zu gestalten.

Allerdings darf das auch nicht heißen, daß die Gesellschaft und der Staat die Ältere Generation mit ihren Problemen allein lassen. Denn es gibt trotz zahlreicher Aktivitäten, Leistungen und Maßnahmen in der Bundesrepublik noch eine Vielzahl von Problemen, die die Ältere Generation nicht allein bewältigen kann.

Dieser Aufgabe stellen wir uns. Ich meine, daß wir so den Männern und Frauen, die nach 1945 den Wiederaufbau bewerkstelligten, die die Demokratie mit Leben erfüllten und unserem Land einen bisher unerreichten Wohlstand bescherten, einen Teil unseres Dankes abstatuen können. Die jüngeren Menschen sollten sich immer wieder bewußt werden, daß es ihre Eltern und Großeltern waren, die unseren Staat, auf den wir alle stolz sein können, aufbauten.

Diese Arbeiter, Angestellten und Beamten haben mit ihrer einzigartigen Leistung ein Werk geschaffen, dessen Größe sich erst dann würdigen läßt, wenn man über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus blickt.

Es gilt heute, neue Formen individueller Hilfe für unsere Älteren Mitbürger zu entwickeln. Wir haben inzwischen wohl alle erfahren, daß die meisten Älteren Bürger nicht mehr nach einem Altenheimplatz streben; sie wollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Und diesen Wünschen sollten wir entgegenkommen, indem wir neue Ideen fördern und unterstützen.

Ich denke - um nur ein Beispiel zu nennen - an eine bestimmte Form des Einsatzes von Zivildienstleistenden. Durch die beabsichtigte Änderung des Wehrpflichtgesetzes werden in Zukunft mehr junge Männer, die keinen Wehrdienst leisten, für karitative und humanitäre Aufgaben zur Verfügung stehen. Und wenn wir diese jungen Menschen sinnvoll in der offenen Altenhilfe einsetzen, dann helfen wir nicht nur unseren Älteren Mitbürgern. Wir leisten auch der Gesellschaft insgesamt einen Dienst, denn das Verhältnis zwischen jung und alt wird dann sicherlich durch mehr Verständnis geprägt sein. (-/8.6.1976/mie/pr)

Wahltaktischer Mißbrauch einer ernsten Problematik

Anmerkungen zum Antrag der CDU/CSU in Sachen Menschenrechte in der DDR

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auwärtigen Ausschusses des Bundestages

Wie ich als Berichterstatter des in dieser Sache nur mitberatenden Auwärtigen Ausschusses des Bundestages vor einigen Wochen in einer "Aktuellen Stunde" des Plenums erklärte, drängte sich mir von Anfang an der Verdacht auf, daß es der Opposition mehr um einen Wahlschlager als um die so ernste Problematik selbst ging: mit ihrem Antrag nämlich, die Bundesregierung solle regelmäßig in ihrem Jahresbericht "Zur Lage der Nation" das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in der DDR gewissermaßen wissenschaftlich dokumentieren. Ganz abgesehen von allem, was dazu von Seiten der Koalition an politischen Erwägungen vorgebracht wurde, kann es solche Dokumentationen gar nicht geben, weil wir im Westen letztlich nicht über genaue Zahlen etc. verfügen. Schließlich werden sie uns nicht mitgeteilt.

Der Verdacht auf "Wahltaktik" wurde nun in der Debatte selber allein schon durch die überdurchschnittlich schlechte Präsenz im Plenum der antretenden Opposition bei diesem Tagesordnungspunkt deutlich. Um 17.00 Uhr, am Anfang der zweistündigen Debatte, die ausschließlich von den "Innerdeutschen" bestritten wurde - und das aus gutem Grunde - zählte ich ganze 15 von ihnen im Plenarsaal. Bei der Abstimmung am Ende dürften es - meinem schnellen Rundblick zufolge - auch nicht mehr als drei Dutzend gewesen sein. Oppositionsführer Gerstens war ohnehin schon lange vorher gegangen - wie so oft - im Gegensatz zu seinem Gegenüber Herbert Wehner, der - wie immer - zur Stelle war. Was muß das also für ein ernstes parlamentarisches Anliegen gewesen sein für eine Opposition mit einer solchen Präsenz!

Ich notierte mir ansonsten während der Debatte: "Eine ausgezeichnete Rede des CDU Abgeordneten Gradl", dem mancher von uns von der SPD schon aus früherem Anlaß im Plenum Beifall gespendet hatte und mit dem wir ganz sicherlich auch in dieser Frage eine gemeinsame "Plattform" gefunden hätten. Aber: "Mit der Rede des innerdeutschen Sprechers und Scharfmachers der CDU, des Doppelkollegen Abelein, war im Grunde schon alles verschüttet an Gemeinsamkeit. Einmal mehr erkenne ich: Wir brauchen Berufstherapeuten zur Beratung

von Abgeordneten im Bundestag!" Ich notiere für mich die abschließende Frage nach der Abstimmung: "Wieviele der CDU/CSU-Kollegen haben wohl in dieser Legislaturperiode Gebrauch gemacht von ihrer Möglichkeit, völlig ungehindert mit ihrem Diplomatenpass den deutschen Brüdern und Schwestern im anderen deutschen Staat einen Besuch abzustatten und sich vor Ort über die doch schon enorm veränderten Verhältnisse zu informieren?" Mir waren jedenfalls bei meiner letzten Reise und meinen Gesprächen vor wenigen Wochen ganz neue Erkenntnisse gekommen - und zwar positive".

Verblüffend war inhaltlich bei der Debatte für den Politologen vor allem, daß Rechtgelehrte wie Abelain oder Jäger - mein seinerzeitiger Mitberichterstatte beim Zustimmungsgesetz zum Beitritt der Bundesrepublik zum "Internationalen Pakt für Bürgerliche und Politische Rechte" der - UN den völlig falschen Eindruck zu erwecken suchten (oder es nicht besser wußten), als ob nach dem Inkrafttreten dieses Paktes vor wenigen Wochen die Bundesrepublik nun die Möglichkeit hätte, bei dem sich jetzt konstituierenden "Ausschuss für Menschenrechte" eine sogenannte Staatenbeschwerde gegen die DDR einzureichen. Tatsächlich läßt aber der Artikel 41 des Paktes leider eine solche Beschwerde nur zwischen Mitgliedstaaten zu, die sich durch eine ausdrückliche zusätzliche Erklärung vorab mit einer Einschaltung des Ausschusses in solchen Fällen bereit bzw. einverstanden erklären.

Eine solche Erklärung hat zwar vor wenigen Wochen die Bundesrepublik als Unterstaat insgesamt zu Protokoll gegeben, nicht jedoch die DDR. "Neu" ist daher letztlich mit Inkrafttreten des Paktes vor allem die Selbstverpflichtung eines jeden Unterzeichnerstaates - also auch der DDR, künftig regelmäßig über die Einhaltung der Menschenrechte im eigenen Land zu berichten. Einklagbar ist in puncto Menschenrechte auch durch diesen Pakt gar nichts. Das gilt erst recht für die Möglichkeit von sogenannten Individualbeschwerden. In dieser Beziehung hat bisher nicht einmal die Bundesrepublik - wohl aus gutem Grund, wie wir des öfteren feststellten - das sogenannte Fakultativprotokoll unterschrieben. Inkraft getreten ist dieses Protokoll daher überhaupt nicht.

Hier wie überall gilt eben das internationale Naturgesetz, daß wir aus der schweren Zeit des Kalten Krieges und allem, was damit zusammenhängt, nur mit kleinen Schritten herauskommen. Wer mehr als möglich bezeichnet, betrügt sich selbst - vor allem aber andere. (-/8.6.1976/ve/pr)

+ + +

Geringe Chancen für neue Reaktortypen

Immense Entwicklungskosten dämpfen den technologischen Progreß

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuss

für Energie und Forschung des Europäischen Parlaments

Das amerikanische Fachblatt "Nuclear Technology" überraschte kürzlich seine Leser mit der Nachricht von einem völlig neuen Reaktortyp, den die amerikanischen Stanford-Physiker Anderson und Parlee entwickelt haben sollen: "In einem Reaktordruckgefäß, dessen obere Hälfte mit einer Stickstoff-Atmosphäre gefüllt ist, wird Uran in einem Zinnbad aufgelöst und mit Stickstoffgas zu Urannitrid verbunden. Sobald eine genügend große kritische Masse von Urannitrid auf den Gefäßgrund abgesunken ist, setzt in der kompakten Urannitrid-Schicht die energiegeladene Kettenreaktion ein."

Die beiden Stanford-Physiker vergessen nicht, die Vorzüge ihres neuen Reaktortyps zu loben: Keine Atomüll-Probleme, keine Probleme mit Reaktorsicherheit und Umweltbelastung und kein Risiko des Brennstoffdiebstahls. Es ist schwer vorstellbar, daß diese Nachricht bei Umweltschützern sowie bei den mit der Reaktorsicherheit und der Sorge um Jahrzehntausende zu bewachenden radioaktiven Atomüll belasteten Politikern und Beamten nicht auf größtes Interesse gestoßen ist. Dies um so mehr als die beiden Erfinder behauptet haben sollen, den Beweis für das Funktionieren ihres Systems könnten sie in einem Großversuch erbringen, der ganze 1,25 Millionen Mark koste. Gemessen an den Milliardenbeträgen, die allein in den westlichen Industriestaaten alljährlich für Reaktorentwicklung, Reaktorsicherheit und atomaren Brennstoffkreislauf ausgegeben werden, erscheint diese Summe wie das sprichwörtliche Butterbrot mit Ei.

Spricht man allerdings mit Fachleuten aus den Forschungszentren in Europa und in Amerika, so stellt sich die Sache ein wenig anders dar. Was Anderson und Parlee vorschlagen, ist tatsächlich ein völlig neues Reaktorsystem. Ein solches System kann unmöglich in einem einzigen Versuch erprobt werden. Die Erfahrung mit der Entwicklung verschiedenster Reaktorsysteme, vom Leichtwasser-Reaktor im Druckwasser- oder Siedewasser-System angefangen,

Über Heißdampf-Reaktoren, gasgekühlte Natururan-Reaktoren und organische gekühlte Reaktoren bis hin zu den Hochtemperatur-Reaktoren und dem sogenannten Schnellen Brüter hat sich eines immer wieder bestätigt: Von der Konzeption eines neuen Reaktorsystems bis zur Verwirklichung vergehen acht bis zehn Jahre.

Jedes System verlangt eine eigene Technologie, wirft eigene Materialprobleme auf und erfordert ein spezielles Team von Wissenschaftlern und Technikern. Die Vielzahl auftauchender Schwierigkeiten von der Handhabung des Brennstoffs über die Reaktorsicherheit bis zum Austausch der entstehenden Wärme, deren Umsetzung in Kraft und der Ableitung überschüssiger Wärme, muß Schritt für Schritt gelöst werden. Dabei ist kein Forscher und kein Techniker vor Überraschungen sicher. Wenn die Entwicklung weit genug fortgeschritten ist, muß eine "kritische Anordnung" aufgebaut werden um nachzuweisen, daß alle entwickelten Teile sich in der Praxis so verhalten, wie sie in der Theorie berechnet wurden. Schließlich wird ein Versuchsreaktor gebaut, dann ein Prototyp und am Ende, wenn alles gut gegangen ist, kann man davon sprechen, daß der Reaktortyp kommerziell nutzbar sei. Ob er im Wettbewerb mit anderen Reaktortypen auf Dauer konkurrenzfähig ist, bleibt denn immer noch zu ergründen.

Die Erfahrung lehrt weiter, daß die Entwicklung eines völlig neuen Reaktortyps Aufwendungen von acht bis zehn Milliarden DM erfordert. Selbst wenn das Ei des Kolumbus wiedergefunden und sozusagen ein Billig-Reaktor entwickelt werden könnte, würden die Kosten noch immer hoch in die Milliarden gehen. Dies ist übrigens auch der Grund, warum der österreichische Ingenieur Karl Nowak, der behauptet, für ganze fünf Millionen DM das Problem der Kernfusion lösen zu können, bei allen Fachleuten in Ost und West abgeblitzt ist. Übereinstimmend weisen Forscher und Techniker in den USA, in der UdSSR, in der Bundesrepublik, Frankreich, England und Japan darauf hin, daß für einen solchen Preis die gewaltigen Material- und Sicherheitsprobleme einfach nicht zu lösen sind.

Wenn das so ist, dann wird es niemanden verwundern, daß die mächtigen Großkonzerne, die Milliardenbeträge in die Entwicklung von Leichtwasser-Reaktoren investiert haben und irgendwann endlich einmal Gewinn sehen wollen, auf Andersons und Parless Köder nicht anbeissen. Haben die Geldgeber dieser mächtigen Firmen nicht sogar die Entwicklung der Hochtemperatur-Reaktoren gestoppt, obwohl ein Versuchsreaktor dieses Typs seit mehr als zehn Jahren in Jülich (Bundesrepublik) zur besten Zufriedenheit läuft?

Im Grunde genommen ist das schlimm. Es beweist nämlich, wie gering die Chancen sind, an die Stelle des Guten etwas Besseres zu setzen, sobald die Kosten erst einmal in die Milliarden gehen. So wird denn auch dem Vorschlag dieses neuen Reaktortyps in Fachkreisen eine geringe Verwirklichungschance eingeräumt.
(-/ 8.6.1976/va/pr)

+ + -

Jetzt sehen sie schon Gespenster

Ein CDU-Abgeordneter wird Opfer der eigenen Propaganda

Die Panikmache der Union gegenüber dem Sozialismus, oder was sie dafür hält, scheint nicht ohne Auswirkungen auf das Erkenntnisvermögen der Angehörigen des eigenen Lagers zu bleiben. Sie treibt in deren Phantasie seltsame Blüten. Das geht jetzt schon so weit, daß ein christdemokratischer Landtagsabgeordneter das christliche Abendland in Gefahr sieht durch eine Veranstaltung, die gar nicht stattgefunden hat.

Unter der bedrohlichen Überschrift "Sozialistische Indoktrination in einem Seminar für Schülerarbeit" fragte der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Heinrich Pohlmeier aus Büren bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung an, was sie von der "offensichtlich sozialistischen Indoktrination" eines Seminars halte, das die "aog." Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen vom 19. bis 21. März 1976 im Sozialistischen Bildungszentrum Der-Erkenschwick in Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands - die Falken - abgehalten hätte; ob sie es für gerechtfertigt halte, diese Bildungsarbeit mit Steuergeldern zu finanzieren und Schüler "für eine solche sozialistische Veranstaltung" vom Unterricht freizustellen.

Der Streiter wider den Sozialismus hatte allerdings Gespenster gesehen, der Kultusminister konnte ihn sehr schnell beruhigen: Das beanstandete Seminar hatte gar nicht stattgefunden, eine Finanzierung aus Steuergeldern ist auch nicht erfolgt, auch wurden keine Schüler "freigestellt". Allerdings ist nun der wackere Unionschrist auch um ein "Argument" ärmer.

Marianne L. Haus
(-/8.6.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller